Lückenhafter Verbraucherschutz im Kapitalanlagegesetzbuch

Lückenhafter Verbraucherschutz im Kapitalanlagegesetzbuch

Zur gestrigen öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zum Regierungsentwurf eines AIFM-Umsetzungsgesetzes erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Sieling:
Mit der Investmentfondsregulierung haben die einschlägigen Lobbyisten erneut ein wichtiges Finanzmarktvorhaben schon vor dem Kabinettsbeschluss entschärft. Entsprechend zufrieden äußerten sich die Vertreter der Fondsbranche in der Anhörung des Finanzausschusses über das geplante Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Demgegenüber kritisierten Wissenschaftler, Verbraucherschutzanwälte und -verbände, dass die Bestimmungen zum Anlegerschutz gegenüber dem ersten Diskussionsentwurf des Bundesfinanzministeriums deutlich verwässert wurden.
Nur eine zielgerichtete Regulierung aller Investmentfonds kann die Verbraucherinnen und Verbraucher vor vermeidbaren Ertrags- und Vermögensverlusten schützen. In Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Sachverständigen fordert die SPD-Bundestagsfraktion:
eine stärkere Streuung der Risiken bei allen Fonds, die an Privatanleger
verkauft werden dürfen,
eine externe Bewertung durch unabhängige Sachverständigenausschüsse und
eine konzernunabhängige Verwahrung der Fondsanlagen, auch damit
betrügerische Finanzkonstruktionen - wie zuletzt bei der
Immobiliengruppe S
K - schneller erkannt werden können, und
einen Verzicht auf eine voreilige Korrektur der Neuregelung der offenen
Immobilienfonds, die erst zu Jahresbeginn 2013 in Kraft trat, um die
betroffenen Anleger nicht unnötig zu verunsichern.
Fragwürdig erscheint außerdem, dass für geschlossene Publikumsfonds eine Fremdfinanzierungsquote von bis zu 60 Prozent zulässig sein soll. Dies wäre ein beträchtliches Insolvenzrisiko für den Fonds und damit das Vermögen der Anleger.
Umgehend geklärt werden muss der Anwendungsbereich des künftigen KAGB, das bereits am 22. Juli 2013 in Kraft treten soll. Die Immobilienwirtschaft und die Branche der Erneuerbaren Energien brauchen endlich Gewissheit, inwieweit sie einer Regulierung unterworfen werden. Es ist die Aufgabe des Gesetzgebers und nicht etwa der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, diese Abgrenzung zu treffen. Das Engagement von Bürgern für das Gelingen der Energiewende, beispielsweise in Energiegenossenschaften, ist dabei rechtlich abzusichern. Das diesbezügliche Herumlavieren der schwarz-gelben Koalition muss endlich aufhören. Dies hat die gestrige Anhörung nochmals bestätigt.
Die umfassende Regelung der Investmentfonds ist ein zu wichtiger Baustein der Finanzmarktregulierung, um sie durch eine mangelhafte Umsetzung der europäischen Rahmengesetzgebung in Misskredit zu bringen. Jetzt müssen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP den Regierungsentwurf gründlich nachbessern, um die von den Sachverständigen aufgezeigten Lücken im Anlegerschutz zu schließen.

SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: http://www.spd.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=526168" width="1" height="1">

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.) Zukunftsgerecht in EuropaGerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäische Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung.Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....